Pressemitteilung

Oktober 2003

Schweizer Drogenpolitik am Scheideweg

Die Kampagnen für die Parlamentswahlen laufen auf Hochtouren. In Inseraten und mit Plakaten werben Parteien und Kandidaten für ihren Standpunkt. Der Slogans sind viele. Ein aktuelles Thema, das jedoch kaum zur Sprache kommt, ist die Zukunft unserer Drogenpolitik.

Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes wurde im Parlament in einem ersten Durchgang behandelt. Eine Annahme der vorgeschlagenen Änderungen würde für unsere Jugend und das Zusammenleben in der Gesellschaft gefährliche Auswirkungen haben. Geplant ist unter anderem die weitgehende Freigabe von Konsum, Anbau und Handel mit Cannabisprodukten. Information tut Not!

Das **Bundesamt für Gesundheit (BAG)** schreibt: «Fast jeder zweite Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren hat Cannabiserfahrungen. [...] Aufgrund verschiedener Erhebungen kann man davon ausgehen, dass rund 25'000 Jugendliche (15% der regelmässig konsumierenden) einen täglichen Konsum haben.» und einige Abschnitte weiter: «Das Verbot des Cannabiskonsums soll aufgehoben werden, weil die Gesundheitsgefährdung durch Cannabis erwiesenermassen relativ gering ist. Auch hat sich die Einstellung der Gesellschaft zum Cannabiskonsum stark gewandelt und das bisherige Verbot konnte die starke Zunahme des Konsums in breiten Kreisen nicht verhindern.» (spectra/Juli 2003).

Mit dieser Einschätzung und der daraus folgenden Forderung nach Legalisierung des Rauschgiftkonsums steht die **oberste Gesundheitsbehörde der Schweiz** in **klarem Widerspruch** zur **Expertenkommission der Vereinten Nationen,** die für die **internationale Betäubungsmittelkontrolle** zuständig ist. Diese hielt in ihrem Jahresbericht 2001 mit Blick auf die Schweiz in aller Deutlichkeit fest:

«Die Kommission ist sehr besorgt, dass Werbung und Verkauf von Cannabis in Geschäften und im Internet immer noch zugelassen ist und dass dieses als harmlos dargestellt wird. Diese Information ist grundfalsch und vermittelt der Öffentlichkeit, und vor allem der Jugend eine trügerische Botschaft. [...] Die Öffentlichkeit hat das Recht, über die gesundheitlichen und sozialen Folgen eines möglichen Cannabiskonsums genauso umfassend Bescheid zu wissen wie bei Tabak und Alkohol. Das Hinzufügen einer weiteren Droge zu Tabak und Alkohol wäre ein historischer Fehler, vor allem zu einem Zeitpunkt, wo die Bekämpfung des Missbrauchs dieser zwei Substanzen endlich die verdiente Aufmerksamkeit erhält.»

Sollten National- und Ständerat den vorliegenden Revisionsentwurf annehmen, so wird der «Verein Jugend ohne Drogen» mit gleichgesinnten Organisationen das **Referendum** ergreifen. **Unsere Jugend und unsere Gesellschaft müssen dringend vor den Auswirkungen der Rauschgifte und der** in unserem Land bereits gut eingerichteten **Drogenlobby geschützt werden!**